



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

WOHNUNGSWIRTSCHAFT AUF EINER LINIE MIT DER LANDESREGIERUNG: DIE INVESTITIONSZULAGE MUSS ERHALTEN BLEIBEN!

27.08.2004 Fachinformation

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) unterstützt die brandenburgische Landesregierung in ihrem Vorhaben, sich für eine Verlängerung der Investitionszulage einzusetzen. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. begrüßt die Bemühungen der brandenburgischen Minister Szymanski und Ziegler, sich mit den Bundesländern auf eine Verlängerung der Investitionszulage für die Modernisierung von Mietwohnungen bis mindestens 2006 zu verständigen. Diese Absicht sei ein wichtiger erster Schritt zur Sicherung der Investitionen im brandenburgischen Wohnungsbestand, erklärte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied des BBU. „Die Investitionszulage muss nicht nur im Interesse der Wohnungswirtschaft, sondern auch im Interesse des Landes bis 2009 verlängert werden“, so Burkardt weiter. Die Wohnungsunternehmen seien der wichtigste Akteur des Stadtumbaus im Land. Ein wesentlicher Teil der 300 Millionen Euro, die die BBU-Mitgliedsunternehmen in 2003 für Investitionen aufgewendet haben, sei in die Stadtumbaugebiete geflossen. Angesichts der restriktiven Vergabe von Modernisierungskrediten und des niedrigen Mietniveaus sei die Zulage für die Finanzierung dieser Investitionen von essentieller Bedeutung gewesen. Entfalle sie, müssten ab 2005 zahlreiche, dringend notwendige Modernisierungsvorhaben im Stadtumbau gestrichen oder verschoben werden. Hintergrund Die gesetzlichen Regelungen zur Investitionszulage für die Modernisierung von Wohnraum in den neuen Ländern laufen am 31. Dezember 2004 aus. Nach ihnen erhalten Wohnungsunternehmen für Wohnraummodernisierungen eine Zulage in Höhe von 15 Prozent, in innerörtlichen Bereichen von 22 Prozent.

<https://bbu.de/beitraege/wohnungswirtschaft-auf-einer-linie-mit-der-landesregierung-die-investitionszulage-muss-erhalten-bleiben>